

# Der schlafende Souverän: Ostdeutschland als Schlüssel zum Frieden in Europa

## Warum der aktuelle Standpunkt Europas Friedensverhandlungen mit Russland unmöglich macht

**Woran liegt es, dass die Diplomatie aktuell machtlos erscheint, zu einer zufriedenstellenden Lösung des russisch-europäischen Konflikts beizutragen? Russlands Außenminister Sergei Lawrow beantwortete diese Frage in einem von "Politico Europe" abgelehnten Artikel.**

In **Teil 1** haben wir analysiert, warum eine militärische Eskalation in Europa ganz besonders für Deutschland einer existenziellen Katastrophe gleichkommt, und kamen zu dem Schluss, dass Berlin wie kaum jemand sonst an einer neuen – Russland integrierenden – Friedensordnung interessiert sein muss. Doch wie steht es um ihre Chancen in der aktuellen Realität?

Am 19. Juni 2026 veröffentlichte der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow, einen Artikel mit dem Titel "Die Ukraine, Europa und die globale Sicherheit", der bemerkenswert die aktuelle Situation und gewisse Ausblicke darstellt. Dieser Artikel war ursprünglich zur Veröffentlichung in der europäischen Zeitschrift Politico Europe vorgesehen, sie wurde jedoch in letzter Minute durch eine Entscheidung der Redaktion abgesagt.

Eine sprachlich pointiertere, demnach inoffizielle deutsche Übersetzung mit fließender Kommentierung befindet sich in der Internet-Publikation: Indepnews Europe Newsletter, vom 26. Juni 2026.

In Lawrows Artikel ist ein Befund abzulesen, der in der deutschen Öffentlichkeit in seiner Härte nicht bekannt ist und vermutlich auch keine mehrheitliche Zustimmung fände: Insgesamt geht es bei dem Ukrainekrieg offenbar um rüstungswirtschaftliche Interessen des Westens, insbesondere um die unbegrenzte Verlängerung des Krieges in Form eines Rüstungswettlaufs, den Russland gegen den kollektiven Westen nicht gewinnen kann, jedoch vorerst mitzumachen gezwungen ist.

Parallel geht der Westen davon aus, Russlands Außenhandel dauerhaft durch Sanktionen behindern zu können sowie ca. 200 Mrd. Euro russisches Staatsvermögen, das sich in westlichen Ländern befindet, an die Ukraine zu übertragen. Weil diese Sanktionen nicht vom UN-Sicherheitsrat beschlossen wurden, sind sie völkerrechtswidrig! Somit ist der Entzug russischen Eigentums Diebstahl, also kriminell.

Die Aufrichtigkeit westlicher Gesprächsangebote bezweifelt Lawrow: "Es stellt sich die Frage, weshalb die europäischen Staats- und Regierungschefs plötzlich anders reden, von Verhandlungen sprechen und welche Ziele sie mit ihren Erklärungen verfolgen. [...] Europa beabsichtigt, Verhandlungen mit Russland parallel zur Fortsetzung der rechtlichen Aggression zu führen, die über den Europarat betrieben wird. Unter dem Dach dieser einst angesehenen Organisation werden Strukturen geschaffen, um 'Russland zur Verantwortung zu ziehen': ein 'Schadensregister', eine 'Anspruchskommission' sowie ein 'Sondertribunal'."

Der russische Außenminister erinnert weiter daran, dass die EU Festsetzungen von Handelsschiffen auf hoher See "grünes Licht" gegeben hat. Gleichzeitig verschließe der Westen die Augen vor "terroristischen Sabotageakten der ukrainischen Streitkräfte im Schwarzen Meer und im Mittelmeer". Der Beginn echter Friedensverhandlungen wird ohnehin dadurch ausgeschlossen, dass die Ukraine und ihre Unterstützer (die "G3") unannehmbare, kapitulationsgleiche Vorbedingungen stellen.

Aber möchte man in den europäischen Hauptstädten wirklich "möglichst rasch" einen Waffenstillstand in der Ukraine erreichen? Ist nicht eher das Gegenteil der Fall: möglichst langsam?

Die Frontlinie ist seit Jahren eingefroren, allein durch das "gläserne Gefechtsfeld" und die nachtsichtfähigen Drohnenschwärme. Die "Front" ist inzwischen ein dutzende Kilometer breiter Streifen ohne Großverbände, eine "Grauzone". Darin befinden sich verstreut nur kleine Soldatengruppen, in dem dauernden Versuch, das Vordringen gegnerischer Gruppen zu entdecken und zu verhindern, sich aber gleichzeitig vor der eigenen Entdeckung durch Drohnen zu verstecken, am sichersten noch in den Trümmerlandschaften ehemaliger Siedlungsgebiete.

Hunderte Drohnen werden pro Tag verbraucht. Mit einem Waffenstillstand wäre dieses Geschäft tot wie auch Fernwaffengeschäfte, wo "Precision Deep-Strike"-Projekte in Westeuropa jetzt erst richtig Fahrt aufnehmen. Aus westlicher Sicht also: bloß keinen Waffenstillstand!

Bei den westlichen Industriekriegen (beginnend mit Korea- und Vietnamkrieg) geht es nicht um militärischen Sieg, sondern um Rüstungsumsatz. Es hat hervorragend geklappt, den Ukraine-Krieg in das fünfte Jahr zu schleppen. Damit es so weitergeht, darf Russland nicht die Luft ausgehen. Seit dem 5. Juni 2024 ist offizielles Etappenziel der Bundesregierung "kriegstüchtig bis 2029", wie die Tagesschau am 24. September 2025 rückblickend bilanzierte. Dann nämlich soll Russland angeblich entschlossen und in der Lage sein, Westeuropa anzugreifen.

Lawrow weiter: "Es ist allgemein bekannt, dass die europäischen Eliten ihr 'politisches Kapital' in die Konfrontation mit Russland investiert und Hunderte Milliarden Dollar für die Unterstützung des Kiewer Regimes sowie für den Ausbau der Verteidigungshaushalte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO aufgewendet haben. Bis zum Jahr 2030 soll in Europa die notwendige 'Einsatzbereitschaft' für einen Konflikt mit Russland erreicht werden. Bis dahin versucht man, mit verschiedensten Mitteln Zeit zu gewinnen."

Die genannten Mittel in astronomischer Höhe wurden der westeuropäischen Zivilgesellschaft entzogen und an Profiteure aus Waffenindustrie und Finanzinstituten geleitet oder als Betriebskosten des ukrainischen Staates verbraucht. Welcher Prozentsatz der Gelder ist in Korruption versickert? Welcher Anteil der gelieferten tragbaren Waffen ist statt an der Front auf dem Schwarzmarkt gelandet, um künftig fenstergenauen Fernterrorismus neuen Stils möglich zu machen?

Lawrow: "Das geeinte Europa träumt weiterhin von Expansion. Es beabsichtigt, die Ukraine und Moldau in seinen Einflussbereich einzubinden, zieht Armenien in seine Umlaufbahn. Die NATO hat sich nach Osten erweitert und Finnland sowie Schweden aufgenommen. Die Ukraine wird als 'Stoßfaust' der künftigen europäischen Streitkräfte betrachtet, die unabhängig von den USA und der NATO agieren sollen. Diese Entwicklung birgt erhebliche Risiken für die globale Sicherheit, da eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland rasch in einen Austausch von Nuklearschlägen mit katastrophalen Folgen eskalieren könnte."

Lawrows Feststellung ist naturgemäß nach wie vor richtig: Die Schadensfläche der einzelnen Atomwaffe ist mindestens Totalzerstörung in einem Schadenskreis von Kilometern Durchmesser. Sowohl die USA als auch Russland haben mit je rund 5.000 Sprengköpfen zehnmals mehr Atomwaffen als jeder der sieben weiteren Atomwaffenstaaten unter den 193 Staaten der Welt. Die Folge wäre, dass im Kriegsfall der Kontrollverlust bereits auf einer Konfliktseite – etwa durch Ausfall wichtiger Kommunikation – unvermeidlich in eine ungeordnete Eskalation führt. Binnen Stunden bis Tagen würde alles Verfügbare gezündet, mit dem letzten Ergebnis der ausgelöschten Zivilisation zumindest auf der Nordhalbkugel, von tödlicher Radioaktivität bis zum Verhungern und Erfrieren im mehrjährigen "nuklearen Winter" unter verdunkelter Atmosphäre durch Rauch und Ruß aus tausenden Feuerstürmen in Städten und Wäldern.

Weiter in Lawrows Artikel: "Gleichzeitig unterstellen politische und militärische Entscheidungsträger in Europa Russland angeblich aggressive Absichten, die sich angeblich nicht auf die Ukraine beschränken. Der Präsident Russlands hat mehrmals erklärt, dass es sich dabei um Unsinn, eine Provokation und Desinformation handelt, die darauf abzielt, zusätzliche Haushaltsmittel für den Kampf gegen Russland zu erhalten. Dies ist keine Grundlage, auf der sich substanzielle Verhandlungen gleich welcher Art führen lassen."

Das ist absolut plausibel: Russland hat ausreichend Fläche, es hat ein Riesenproblem mit seiner unfreiwilligen Rolle als Feindbild der USA seit 1946, und Russland hat aus dem Ukrainekrieg die Erfahrung, dass mangels anderer Kriege in Europa die gesamte westeuropäische Waffenindustrie nur darauf lauert, dass ein russischer Soldat einen Fuß über die Grenze nach Westen setzt, um dann zusätzliche Haushaltsmittel für das Hochfahren der Produktionen zu erhalten.

Im Rahmen des westlichen Narrativs über den Ukrainekrieg ist der Nutzen solcher hochrangigen Erklärungen für Russland allerdings begrenzt bis negativ. Seit Beginn der Massenheere und Industriekriege um 1800 ist deren Grundlage die – zwangsweise verlogene – Propaganda mit Schreckensbildern eines unendlich grausamen, aggressiven und expansiven Feindes. Die westliche Erzählung dazu sagt: Wenn also der zum Feind erklärte Präsident Russlands heute irgendetwas sagt, dann kann das nur gelogen sein, denn der Wahrheit verpflichtet sind die westeuropäischen Politiker.

So verdreht es die westliche Kriegs-Propaganda täglich über Zeitungen, Radio und Fernsehen. Wenn das dann so oft kommt, dann muss da ja etwas dran sein, denkt sich eine monoton und sachlich schlecht

informierte Bevölkerung. Jetzt geht es aber um massive Aufrüstung, also um zusätzliche Haushaltsmittel. Ohne Feindbild als Werbeargument für Rüstungskäufe geht das nicht. Russland hat das geografische Pech, dass sich aus der europäischen Sicht kein anderer Staat weit und breit als Feindbild für Industriekriege eignet.

Das Problem ist die Glaubhaftigkeit des Feindbildes. Russische Positionen sind zumeist sachlich begründet, einsichtig und rational nachvollziehbar. In der geistigen Auseinandersetzung mit ihnen wird das westliche Feindbild unglaublich, zumal das westliche Narrativ stark irrationale Elemente enthält. Deshalb muss die westliche Propaganda das Feindbild Russland dauernd erneuern, was durch die Leitmedien relativ zuverlässig erfolgt. Gleichzeitig müssen offizielle Informationen aus Russland gesperrt werden. Der Zugang zu russischen Medien ist in Deutschland gesperrt. Durch die Verweigerung von Sendelizenzen wird die laut Grundgesetz garantierte Informations- und Meinungsfreiheit verletzt, um den Anschein von Demokratie zu bewahren.

Eine andere Ebene sind diplomatische Verhandlungen. Regierungsnahe deutsche Politiker, teilweise mit großer Eloquenz, geben die westliche Vorgabe "Russland muss einfach nur kapitulieren, dann ist alles gut" stoisch wieder. Da diese Personen vielfach und maßgeblich an internationalen Verhandlungen teilnehmen, sind von der deutschen Regierungsebene "substanzielle Verhandlungen" nicht zu erwarten.

Die Position Russlands zu Verhandlungen umschreibt Lawrow so: "Was Verhandlungen betrifft, so lehnen wir (wie Wladimir Putin erneut auf dem Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum betonte) Kontakte mit niemandem ab. Wir betrachten jedoch Europa als eine Konfliktpartei, die am Sieg über Russland interessiert ist; die Europäer selbst positionieren sich offen genau in dieser Rolle. Dementsprechend kann der Dialog mit Europa nicht so geführt werden, als wäre es ein unparteiischer außenstehender Beobachter."

Der von Lawrow zu Europa angegebene Negativeindruck drängt sich in der Tat auf, wenn man auf die Führungseliten in Europa blickt, die weithin mit den Rüstungsindustrien verbandelt sind: Amtlicherseits ist Europa tatsächlich kein "unparteiischer außenstehender Beobachter". Die Bestätigung der amtlichen russischen Gesprächsbereitschaft erscheint als hilfreich für künftige Kommunikationsansätze, zwischen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) oder auch als Vermittler zu Regierungsstellen. Hierfür würde sich auch der Deutsche Friedensrat eignen.

Europäische Staaten, führend Deutschland, sind durch militärische Industriekooperationen mit der Ukraine sogar operative Kriegsparteien auf ukrainischer Seite geworden. Da Russland Deutschland nicht angegriffen hat, dürften russische Angriffe auf entsprechende Einrichtungen in Deutschland legale Kriegshandlungen im Rahmen russischer Selbstverteidigung sein. Das Gleiche gilt für militärische US-Einrichtungen, denn auch die USA sind solche operative Konfliktpartei, indem sie einseitig der Ukraine aktuelle Zieldaten aus Satellitenbildern und luftgestützten Radarbeobachtungen liefern.

Das für die derzeitigen Aussichten einer Verhandlungslösung vernichtende Fazit von alldem zieht Sergei Lawrow selbst – und zeigt zugleich einen Weg, der aus der aktuellen Sackgasse hinausführen könnte. Darauf werden wir im dritten Teil unserer Artikelreihe eingehen. Hier zunächst die Worte des russischen Außenministers:

"Entscheidend ist, dass für einen substanziellen Dialog das Vertrauen wiederhergestellt werden muss, das durch die antirussischen Handlungen des Westens und Europas als dessen Bestandteil in der Zeit nach dem Kalten Krieg zerstört wurde. Vertrauen kann nur durch konkrete praktische Schritte zurückgewonnen werden, die glaubhaft belegen, dass die Diplomatie nicht länger als Deckmantel für die Verwirklichung expansionistischer Ziele missbraucht wird."

**von Gerhard Emil Fuchs-Kittowski und Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke; 01. Oktober 2026**